

## Strategische Kommunikation 14.07.2015

**BERLIN** (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung verstärkt ihre Aktivitäten gegen Russlands Medienpräsenz insbesondere in Osteuropa. Besonderes Augenmerk gilt den baltischen Staaten, in denen große, massiv diskriminierte russischsprachige Minderheiten leben. Bereits Mitte Mai hat die staatsfinanzierte "Deutsche Welle" ein Kooperationsabkommen mit estnischen, lettischen und litauischen TV-Stationen unterzeichnet und beliefert die Sender seitdem mit Programminhalten in russischer Sprache. Die Organe der Auswärtigen Kulturpolitik wie das Goethe-Institut steigern ebenfalls ihre Aktivitäten in Osteuropa. Auch auf internationaler Ebene nehmen entsprechende Bemühungen zu. Die Europäische Union hat ihrerseits einen "Aktionsplan zu strategischer Kommunikation" erstellt; das in Riga ansässige "Nato Strategic Communications Centre of Excellence" wendet sich gleichermaßen verstärkt gegen Russland.

### Das "zerstörerische Narrativ"

Bereits auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Blick auf den Machtkampf um die Ukraine vor einer "Verunsicherbarkeit unserer Gesellschaften" gewarnt - und erklärt, man habe sich zukünftig stärker "mit Missinformation, Infiltrierung und Verunsicherung" auseinandersetzen.[1] Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen warf Moskau ebenfalls auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor, auf "die unkonventionellen und vielfältigen Mittel des hybriden Krieges" zurückzugreifen; darauf gelte es "Antworten" zu finden: "Wir müssen das zerstörerische Narrativ entlarven. Sei es der Allmachtswahn der ISIS oder seien es die pseudo-historischen Angriffe auf die Integrität der Ukraine".[2]

### "Russische Behauptungen - unsere Antworten"

Als eine der ersten Maßnahmen, das postulierte "zerstörerische Narrativ" zu "entlarven", formulierte die Bundesregierung noch im Februar 2015 eine Handreichung für Botschafter, weitere Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und Vertreter des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag.[3] Systematisch stellte sie in dem Papier ("Realitätscheck: Russische Behauptungen - unsere Antworten") russischen "Behauptungen" ein dekretierendes "Richtig ist:" gegenüber. Agitatorische Absichten wurden offiziell natürlich empört zurückgewiesen: "Es handelt sich hier nicht um einen Informationskrieg oder eine Gegenpropaganda", behauptete eine Sprecherin.[4] Es sei vielmehr eine übliche Praxis, solche Texte zu verfassen und zu verbreiten, "wenn wir meinen, unsere Botschaften müssten mit Sprache ausgestattet sein".

### Irrealer Realitätscheck

Der "Realitätscheck" machte damals mit bemerkenswerten Aussagen von sich reden. So behaupteten die Autoren, rechte Kräfte spielten in der Ukraine keine Rolle. Zudem habe es sich bei den Vorgängen Ende Februar 2014, die zum Abtauchen von Staatspräsident Wiktor Janukowitsch und zum Amtsantritt einer neuen Regierung führten, keinesfalls um einen Putsch gehandelt. Vielmehr habe sich Janukowitsch in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar "in verfassungswidriger Weise seinen Amtspflichten entzogen" und so Neuwahlen unumgänglich gemacht - eine Interpretation, die umstandslos die Position der neuen ukrainischen Regierung wiedergab. Auch habe die russische Minderheit in dem Land nicht unter Repressionen zu leiden gehabt, erklärte das Außenministerium mit Verweis auf eine Gallup-Umfrage, obwohl in dieser Erhebung zwölf Prozent der ethnischen Russen auf die Frage, ob sie sich ihrer Sprache wegen in dem Land unter Druck fühlten, mit "Definitiv ja" und 17 Prozent mit "Eher ja" antworteten. Historische Parallelen zwischen der Loslösung des Kosovo von Jugoslawien und der Abspaltung der Krim zu ziehen, erklärte das Amt für illegitim. Zudem behauptete es, die NATO-Osterweiterung laufe den Sicherheitsinteressen Russlands nicht zuwider - eine Aussage, die von Strategen schlicht als Propaganda belächelt wird.

### Die deutsche Mission

Als besonders empfänglich für "russische Behauptungen" gelten der Bundesregierung die russischsprachigen Minderheiten in Estland, Lettland und Litauen. "Wir müssen Desinformationskampagnen, wie sie während der Eskalation des Ukraine-Konflikts stattgefunden haben, etwas entgegensetzen", sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier im April während eines Besuchs im Baltikum.[5] Zu diesem Zweck hat die staatsfinanzierte "Deutsche Welle" inzwischen Kooperationsabkommen mit TV-Stationen in den drei baltischen Staaten abgeschlossen, die sie nun mit russischsprachigen Programminhalten versorgt. "DW-Intendant Limbourg ist von der deutschen Mission im Baltikum überzeugt", kommentiert "Spiegel Online" und zitiert den Chef des Senders: "Mit unseren Programm-Lieferungen in russischer Sprache tragen wir dazu bei, dass die Menschen Informationen russischer Medien besser einordnen

können."[6] Darüber hinaus fördert die Bundesregierung baltische Journalisten, "vor allem, wenn sie in russischer Sprache arbeiten" [7], und bietet ihnen Ausbildungsprogramme, Stipendien, Workshops und Informationsreisen an. Zudem sichert Berlin zu, "Fachwissen für die geplante Umstrukturierung der nationalen Medien-Behörden" zur Verfügung zu stellen.

#### **Staatenlose im Baltikum**

In der Tat haben etwa in Estland lediglich 30 Prozent der russischsprachigen Minderheit eine positive Meinung von der NATO. Dies ist allerdings weniger Kreml-Demagogen geschuldet denn der konkreten Lebenssituation dieser Bevölkerungsgruppe. Vielen von ihnen verweigert Estland - ganz wie Lettland - die Staatsbürgerschaft; auf 6,8 Prozent beziffert Amnesty International den Anteil der Staatenlosen an der estnischen Bevölkerung. Die Chefredakteurin des DW-Kooperationspartners ERR, Darja Saar, räumt ein, "dass derzeit ein Drittel unserer Bevölkerung nicht richtig integriert ist".[8] An politischen Integrationsmaßnahmen zeigt sie sich jedoch ebenso wenig interessiert wie die bundesdeutsche Außenpolitik.

#### **Goethe goes East**

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, die als "dritte Säule" der Berliner Außenpolitik gilt [9], intensiviert ihre Aktivitäten in Osteuropa ebenfalls. So kündigte das Goethe-Institut an, "Plattformen in Osteuropa" zu stärken, um dort unter anderem "Zugänge nach Europa zu öffnen".[10]

#### **"East StratCom"**

Die Europäische Union startet gleichermaßen Initiativen. So hat Brüssel einen "Aktionsplan zu strategischer Kommunikation" vorgelegt, um "Desinformationsaktivitäten von externen Akteuren" zu konterkarieren.[11] Die Anstrengungen sollen sich dem Dokument zufolge "vor allem auf die Entwicklung von positiven und effektiven Botschaften zur EU-Politik in der Region konzentrieren" und dabei insbesondere die erhebenden Wirkungen der EU auf das tägliche Leben der Menschen hervorheben, um so den Brüsseler Botschaften zu größerer Popularität zu verhelfen. Die Koordination der einzelnen medialen Maßnahmen obliegt dabei Fachkräften für strategische Kommunikation, dem sogenannten "East StratCom Team". Die EU will dabei auch härter gegen "negative" Botschaften "externer Akteure" vorgehen; dies richtet sich gegen russische Sender wie "Sputnik" und "Russia Today". Dabei ist davon die Rede, "das regulative Umfeld zu stärken", um "den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden".[12]

#### **EED-Aktivitäten**

Parallel dazu hat das von den EU-Staaten und Brüssel finanzierte "European Endowment for Democracy" (EED), dessen Exekutiv-Komitee der bundesdeutsche Europaparlamentarier Alexander Graf Lambsdorff (FDP) vorsitzt, Vorschläge zur Minimierung des russischen Einflusses in Osteuropa erarbeitet. Sie umfassen unter anderem die Einrichtung eines Medienpools und einer Distributionsplattform für russischsprachige Medienbeiträge, den Aufbau einer "content factory" durch Sender mehrerer Länder sowie die Schaffung eines Exzellenz-Centers zur Professionalisierung der journalistischen Arbeit.

#### **Strategische Nato-Kommunikation**

Auch die NATO operiert auf diesem Gebiet. Das in Riga ansässige "Nato Strategic Communications Center of Excellence", das Deutschland, Italien, Großbritannien, Polen, Estland, Lettland und Litauen ursprünglich zu dem Zweck gegründet hatten, dem Afghanistan-Krieg eine bessere Akzeptanz bei der lokalen Bevölkerung zu verschaffen, hat Russland neben dem "Islamischen Staat" (IS) zu einem neuen Schwerpunkt auserkoren. So legte die "Nato StratCom" Mitte Juni eine Studie über die "manipulativen Techniken der russischen Informationskampagne gegen die Ukraine" vor. Ursula von der Leyen würdigte bei einem Besuch im April die Arbeit der Kommunikationsstrategen: "Wir sind sehr an den tiefgehenden Analysen interessiert, die der Center über die Propaganda des Islamischen Staates und Russlands erstellt. Beide Akteure nutzen ein breites Spektrum der Einflussnahme und wirkungsvolle Propaganda-Elemente".[13]

#### **Hybride Kriegsführung westlicher Spielart**

Selbstverständlich wird der Westen nicht auf seine eigenen Methoden hybrider Kriegsführung verzichten. Zu dieser gehörte in der Vergangenheit etwa die Behauptung des damaligen bundesdeutschen Verteidigungsministers Rudolf Scharping, es gebe einen "Hufeisen-Plan" der jugoslawischen Regierung zur Vertreibung der Kosovo-Albaner; die Behauptung wurde zur Legitimation des NATO-Überfalls auf Jugoslawien genutzt. Auch die von der PR-Agentur "Hill and Knowlton" im US-Regierungsauftrag zur Einstimmung auf den Irak-Krieg 1991 in die Welt gesetzte Mär, irakische Soldaten töteten in Krankenhäusern kuwaitische Säuglinge, und die Lüge, der Irak befinde sich im Besitz von Chemiewaffen, gehören in diese Rubrik.

[1], [2] Der ungleiche Kampf um die Deutungshoheit. Frankfurter Allgemeine Zeitung 08.02.2015.

[3] Paul Schreyer: Land of Confusion. www.heise.de 24.02.2015.

[4] Deutsche Diplomaten erhalten Hilfe gegen Russland-Argumente. Rheinische Post 20.02.2015.

[5] Deutschlands sanfte Macht und der Propaganda-Krieg. Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.04.2015.

[6] Kampf gegen russische Propaganda: Deutschland hilft im baltischen Fernseh-Krieg. www.spiegel.de 23.05.2015.

[7] Gemeinsame Erklärung des lettischen und des deutschen Außenministers. www.auswaertiges-amt.de 17.04.2015.

[8] Kampf gegen russische Propaganda: Deutschland hilft im baltischen Fernseh-Krieg. www.spiegel.de

23.05.2015.

[9] S. dazu [Dritte Säule](#) .

[10] [www.goethe.de](http://www.goethe.de).

[11] EU plans to step up fight against Russian propaganda. [www.rferl.org](http://www.rferl.org) 24.06.2015.

[12] EU drafts plan on Russian's media "misuse". [euobserver.com](http://euobserver.com) 23.06.2015.

[13] [www.stratcomcoe.org](http://www.stratcomcoe.org).

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)